

<b>ANTRAG</b> Stadträtin Doris Baitinger (SPD) Stadträtin Ute Müllerschön (SPD) Stadtrat Jürgen Marin (SPD) SPD-Gemeinderatsfraktion vom 9. Februar 2010	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>9. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>30.03.2010</b> <b>320</b> <b>16</b> <b>öffentlich</b>
<b>Aktion „Feste feiern ohne Reste“</b>		

Die SPD-Fraktion beantragt eine Kontrolle des 1990 gefassten Beschlusses, dass:

- 1.) bei Stadtteilfesten, Straßenfesten, Jahrmärkten usw. die Verwendung von Einweggeschirr untersagt ist, soweit dies rechtlich und hygienisch unbedenklich ist, und
- 2.) bei Veranstaltungen in städtischen Räumen sowie Veranstaltungen, die von der Stadt unterstützt werden, kein Einweggeschirr mehr verwendet werden darf.
- 3.) Zusätzlich wird zeitnah eine Aufklärungskampagne „Feste feiern ohne Reste“ gestartet wird, um den nachhaltigen Beschluss aus dem Jahr 1990 erneut ins Bewusstsein von Festveranstaltern zu bringen.

#### **Sachverhalt/Begründung:**

Bei zahlreichen Veranstaltungen entstehen durch Einwegverpackungen von Speisen und Getränken sowie Wegwerfgeschirr und -besteck große Mengen an Abfall.

Mit der Aktion „Feste feiern ohne Reste“ sollte in Karlsruhe dem hohen Müllaufkommen bei größeren Veranstaltungen entgegengewirkt werden. Der darauf folgende Beschluss des Gemeinderates hatte zur Folge, dass die städtischen Dienststellen angewiesen wurden, bei ihren eigenen Veranstaltungen auf Einweggeschirr und Einwegverpackungen zu verzichten. Auch die staatlichen Dienststellen wurden schriftlich gebeten, in ihren Einrichtungen ebenso zu verfahren.

Darüber hinaus wurde in die Genehmigung von Veranstaltungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen (Sondernutzungserlaubnis) und in die Schankerlaubnis (Abgabe von Getränken und zubereiteten Speisen) der Passus aufgenommen, dass

Veranstaltungen nur genehmigt werden, wenn der Veranstalter auf Einweggeschirr verzichtet.

20 Jahre nach dem Gemeinderatsbeschluss zur Untersagung der Verwendung von Einweggeschirr bei Straßenfesten und Veranstaltungen in städtischen Räumen zeigt die Praxis leider, dass eine konkrete Einhaltung des Beschlusses nicht mehr zufriedenstellend funktioniert.

Deshalb ist es an der Zeit, dass für Festveranstalter eine Aufklärungskampagne zur Verwendung von Mehrweggeschirr durchgeführt und die Einhaltung des Beschlusses kontrolliert wird. Denn: Umweltschutz beginnt im Alltag und hört in der Freizeit nicht auf.

unterzeichnet von:

Doris Baitinger

Ute Müllerschön

Jürgen Marin

Hauptamt - Sitzungsdienste -

19. März 2010